

## Keine Diskussion mit Neonazis



Kurz vor Absage der Podiumsdiskussion mit AfD-Beteiligung: Security auf dem Weg zum Veranstalter. (Foto: rod)

**Die AfD tut sich schwer damit, an den Universitäten Fuß zu fassen. Abgesehen von einigen Ausnahmen in der Hochschulpolitik sehen sie sich mit vielfältigen Protesten konfrontiert. So auch am Donnerstag, 2. Februar, an der Technischen Universität Dortmund (TU). Das Autonome Schwulenreferat lud zu einer Podiumsdiskussion anlässlich der im Mai stattfindenden Landtagswahlen nicht nur Vertreter\*innen von CDU, FDP, SPD, Grünen und Linken ein, sondern auch von der AfD.**

„Wir sind nicht naiv an die Veranstaltung heran gegangen“, sagt Cordt von Egidy vom Autonomen Schwulenreferat, nachdem die Veranstaltung bereits vor Beginn von den Referenten\* abgebrochen werden musste. Im Gespräch mit der aktuell beteuert er immer wieder die ausgiebige Vorbereitung der Veranstaltung. Diese hat jedoch nicht den Eklat verhindert, der sich am Abend abspielte und vor allem eins zeigte: Dortmunds Neonaziproblem ist, trotz erhöhter Repressionen, nicht kleiner geworden.

### Der AfD begegnen

Bereits im Vorfeld hatte sich linker Protest gegen die Veranstaltung formiert. Von Egidy sagt, man habe die eigenen Kriterien der Veranstaltung in Schutz nehmen wollen, die sich nach den derzeitigen Wahlumfragen gerichtet hätten. In diesen liegt die AfD klar über der Fünf-Prozent-Hürde. Deswegen hätte man nicht auf eine Einladung verzichten können. „Dass dabei die Einladung an die AfD verteidigt wurde, ist dem Umstand geschuldet, dass der Kandidat besonders im Fokus stand“, so der Referent.

Trotz des Abbruchs waren sich die Podiumsgäste in der Frage einig, dass eine Teilnahme,

trotz unerträglicher Positionen der AfD, wichtig sei. Nach der Meinung von Jasper Prigge, Landtagskandidat für die Linkspartei in NRW, dürfe die AfD zwar kein legitimer Diskussionspartner sein: „Wenn jedoch klar ist, dass so eine Veranstaltung stattfindet, dann muss man da auch hingehen und sich der AfD diskursiv stellen.“ Ganz anders sah das etwa die Hälfte des Saales am Donnerstagabend, die mit Parolen und Plakaten dagegen protestierte, dass die AfD und ihre menschenverachtende Politik zur Normalität werden.

### Neonazistische Sitzreihen

Letztendlich wurde die Veranstaltung aber nicht wegen den Protesten gegen die AfD abgebrochen, sondern wegen den Protesten gegen die Neonazis. Die waren bereits früh mit fast 30 Personen angereist, die vor allem aus Mitgliedern der Partei Die Rechte bestanden. Im Foyer der Universität richtete sich die Gewalt dann gegen Teile des Publikums. Alexander S., Studierender der TU Dortmund, schildert die Situation wie folgt: „Die Nazis gingen direkt auf einige Studierende los, ich habe gesehen, wie einer von ihnen gewürgt wurde.“ Die Dortmunder Polizei sah jedoch keinen hinreichenden Anlass, die Neonazis aus dem Foyer zu drängen, sagte das Autonome Schwulenreferat auf Nachfrage.

Im Hörsaal selbst waren dann sogar einige Reihen für die Neonazis reserviert, weshalb viele Studierende diese besetzten, um eine Teilnahme dieser an der Diskussion zu verhindern. Für Sarah Beckhoff, Kandidatin der Jungen Union Dortmund für die Landtagswahl, war das eine bedrohliche Atmosphäre und eine „linksextrémistische Attacke“. Im Gespräch mit der aktuell erläutert sie, dass sie einen Ausschluss „beider Gruppierungen“ konsequent gefunden

### Wehrhahn-Anschlag



Der mutmaßliche Attentäter des Wehrhahn-Anschlags scheint gefasst. Warum es dennoch offene Fragen gibt, lest ihr auf Seite 3

### AStA-Koalition



Seit ein paar Wochen ist ein neuer AStA im Amt. Warum so unterschiedliche Listen koalieren, lest ihr auf den Seiten 4/5

### akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: [www.akduell.de](http://www.akduell.de). Auf Facebook findet ihr uns unter [www.facebook.com/akduell/](https://www.facebook.com/akduell/) und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

hätte. Erst Anfang Januar versuchten Neonazis die Gründung einer anarchistischen Hochschulgruppe am Campus durch Einschüchterung und eine Besetzung des Platzes zu verhindern. Dass ihnen nun der Zutritt gewährt werden sollte, versetzte den Saal in helle Aufruhr.

### Alles dasselbe?

Angesprochen auf Dortmunds Neonaziszene, erkennt auch Sarah Beckhoff an, dass Dortmund im Westen eine Hochburg sei. Dennoch behauptet sie: „Antifa- und Neonaziszene arbeiten mit denselben Methoden, um politische Gegner anzugreifen.“ Dabei bedient sie das Vorurteil von steinwerfenden Linken. Derweil warnen diverse zivilgesellschaftliche Organisationen, auch in Dortmund, vor der seit mehr als zwei Jahren andauernden Welle rechter Gewalt. Erst im Herbst 2016 waren über 2.000 Menschen nach einer rechten Messerattacke auf ein Linksjugend-Mitglied unter dem Motto „Es reicht!“ auf Dortmunds Straßen gegangen (aktuell berichtete). Seit 1990 zählt die Amadeu-Antonio-Stiftung deutschlandweit 179 Todesopfer rechter Gewalt. [rod]

# Studierendenparlament liest Haushalt

## Kurzgefasst

### Mind the Gap

Von Daniel Veutgen

Der Gender-Report 2016 hat erneut die Geschlechterungleichheit an Nordrhein-Westfalens Hochschulen genauer unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Die Veränderung, vor allem auf den höheren Stufen der Wissenschaftskarriere, geht nur sehr langsam voran. Während an den Universitäten bei den Abschlüssen von Studierenden die Geschlechterparität, also eine gleiche Anzahl aller Geschlechter, fast erreicht ist, sieht es bei der Promotion und Habilitation ganz anders aus.

Der Frauen\*anteil bei Promotionen liegt in NRW bei etwa 40 Prozent und stagniert damit in diesem Jahrzehnt beinahe. Bei den Habilitationen liegt der Anteil gerade einmal bei knapp über einem Viertel und bei den Berufen zu Professorinnen\*-Stellen bei 22,6 Prozent. Insbesondere an den medizinischen Fakultäten fällt dieser Wert meist nochmal bedeutend niedriger aus. Schlusslicht ist hier die Uni Bonn, an der, trotz Gleichstellungsbeauftragter, gerade einmal 9,5 Prozent Professorinnen\* tätig sind. Auch im Vorstand der Universitätskliniken sind Frauen\* stark unterrepräsentiert und werden somit von wichtigen (Personal-) Entscheidungen ausgeschlossen.

Die medizinische Fakultät der Universität Duisburg-Essen (UDE) weist dabei mit mehr als 20 Prozent Professorinnen den zweithöchsten Wert in NRW auf. Auch in anderen Bereichen zählt die UDE zu den Hochschulen mit höherem Frauenanteil. Besonders bei den Promotionen ist der Wert fast auf Höhe der Geschlechterparität. Zwischen den verschiedenen Fächergruppen gibt es auch enorme Unterschiede: Während in der Fächergruppe Kunst und Kunstwissenschaften vier von fünf Lehrstühlen von Frauen\* geleitet werden, ist unter den drei Sportprofessuren nicht eine einzige Frau.

Generell liegt Duisburg-Essen bei den meisten Vergleichswerten etwas über dem NRW-Durchschnitt, nicht jedoch bei den Leitungsgremien. So liegt zum Beispiel der Frauenanteil im Senat bei unter 30 Prozent. Noch deutlicher wird die Geschlechterungleichheit bei der Fakultätsleitung: Von den elf Fakultäten wird keine einzige von einer Frau geleitet. Und auch bei den Pro- und Studiendekan\*innen liegt der Anteil an Frauen bei gerade einmal 14 beziehungsweise 20 Prozent. Das Fazit: Es gibt noch viel zu tun, bis wir an der UDE in allen Bereichen eine Geschlechterparität erreicht haben.



Acht Stunden wurde im Senatssaal diskutiert und abgestimmt. (Foto: mehu)

**Das öffentliche Interesse hielt sich in Grenzen, als sich das Studierendenparlament (StuPa) am vergangenen Donnerstag, 2. Februar, im Senatssaal des Essener Campus zur dritten Sitzung seit der Wahl versammelte. Neben Anträgen und den Berichten der einzelnen Ausschüsse und Referate stand die Vorlage des neuen Haushaltentwurfs im Fokus des Abends.**

Der erste Blick auf den neuen Haushaltsentwurf gibt vor allem eins wieder: Der neue AStA will die Gelder anders verteilen. Bei einigen Referaten sind teils erhebliche Kürzungen eingeplant, andere hingegen haben erhebliche Erhöhungen zu verzeichnen. Hitzig wurde debattiert, ob alle Autonomen Referate finanziell gleich ausgestattet werden. Parlamentarier\*innen, vor allem aus dem neuen AStA, argumentieren die Planungen mit einer Gleichbehandlung aller Referate. Die Linke Liste hingegen plädierte vor allem für eine Finanzierung nach Bedarf.

Die einen wollen mehr, die anderen weniger: Ein Vertreter des Referats für Studierende mit Behinderung und/oder chronischer Erkrankung (Bcks) sprach sich dafür aus, dass der für das Referat angesetzte Betrag von 5.000 Euro gesenkt werden könne. Auf der anderen Seite scheiterte der Antrag des Referats für Schwule, Bisexuelle, Lesben, Trans\*- und Inter\*-Menschen (SchwubiLe), das Budget auf 12.000 Euro anzuheben. Anhand dieser zwei Beispiele wird deutlich, dass ein einheitlicher Konsens nicht zu finden war. Aus Reihen der Liberalen Hochschulgruppe (LHG) hieß es, dass einige Referate mit finanziellen Altlasten belastet seien.

Der Haushaltsentwurf sieht pro Autonomen Referat durchweg 7.500 Euro im Haushaltsjahr vor. Obwohl mit der beschlossenen Kooperation mit Nextbike 71.000 Euro Mehrkosten auf den AStA zukommen, möchte er in der Rubrik Selbstverwaltung 32.950 Euro an anderen Stellen einsparen. Darunter fallen beispielsweise Investitionen in kritische Wissenschaft und Fortbildungen. Im Bereich der Kultur sollen 11.000 Euro mehr als im vorherigen Haushaltsjahr einfließen. Während die geplante Summe fürs Sommerfest und die Semesterfestparty unverändert bleiben soll, soll der

Betrag für kulturelle Veranstaltungen an beiden Campi von bislang 9.500 auf 15.000 Euro erhöht werden.

Der Haushalt wurde auf der vergangenen Sitzung lediglich gelesen, nicht beschlossen. Darauf weist auch Finanzreferent Johannes Bode (LHG) auf aktuell-Anfrage hin. Über Kürzungen und Erhöhungen könne deshalb noch keine Aussage gemacht werden. Ebenfalls würden die Zuwendungen an die Fachschaften erst durch die Fachschaftenkonferenz beschlossen, aber Finanzreferent Bode sagt auch: „Die Arbeit der Fachschaften erachten wir als sehr sinnvoll.“ Der Topf „Kritische Wissenschaft“ würde jedoch um die Hälfte auf 10.000 Euro gekürzt, da er in den vergangenen Jahren nicht gebucht worden wäre. Der AStA hat jetzt die Möglichkeit, nachzubessern. Die Opposition kann Änderungsanträge stellen. Die Zahlen können sich also noch stark verändern.

### Asexuell und aromantisch

Früh am Abend sorgte ein Antrag auf ein neues Referat für regen Austausch zwischen den Parlamentarier\*innen. Wenn es nach den Antragsteller\*innen geht, solle die Satzung geändert werden und ein Autonomes Referat für asexuelle und aromantische Menschen aufgenommen werden. Im Antrag heißt es: „die Schwerpunkte der Arbeit des Referates für Asexuelle und Aromantische sollen die Aufklärung über das sexuelle und aromantische Spektrum, der Einsatz gegen Diskriminierung der beiden Gruppen und die Organisation von Veranstaltungen für die Gruppen und deren Freund\*innen sein.“

Gegen Ende der Sitzung wurde über Referate und Ausschüsse berichtet. Das Parlamentspräsidium versicherte, dass an der Internetpräsenz der StuPa-Seite gearbeitet werde. Kritisiert wurde zuvor unter anderem die veraltete Homepage. Zudem bestätigte das Kulturreferat die Planung eines Campusfestes im Sommer. Der etablierte AStA-Brettspielabend bleibt erhalten. Auch die Überlegungen ein Pendant mit Videospiele zu veranstalten, seien weit fortgeschritten.

Jeder Studierende kann sich einen Einblick über die Hochschulpolitik verschaffen. Die StuPa-Sitzungen finden monatlich statt und werden abwechselnd in Essen und Duisburg abgehalten.

[mehu]



# Wehrhahn-Anschlag: Viele Fragen, wenige Antworten

Minütlich erscheinen am Mittwoch, 1. Februar, Nachrichten über eine Festnahme des mutmaßlichen Attentäters vom Wehrhahn-Anschlag. 16 Jahre zuvor, am 27. Juli 2000, werden zwölf Menschen Opfer eines Bombenanschlags an der S-Bahn-Station Düsseldorf-Wehrhahn. Ein ungeborenes Kind stirbt, zehn migrantische, teils jüdische Menschen, die eine Sprachschule in der Nähe besuchten, werden zum Teil schwer verletzt und überleben nur knapp. Der Fall scheint abgeschlossen, dennoch drängen sich Fragen auf.

„Ralf S. war ein Einzeltäter“, sagt der Leiter der Ermittlungskommission, Udo Gerhard Moll, auf der Pressekonferenz der Düsseldorfer Polizei am Mittwochnachmittag. Zuvor berichtet er ausführlich darüber, welche Ermittlungen dazu führten, dass gegen S. ein Haftbefehl erlassen werden konnte. Der Polizeipräsident der Stadt Düsseldorf, Norbert Wessler, schildert, dass die Opfer und der heimtückische Anschlag nie vergessen worden seien. Eine stichhaltige Indizienkette belastet den mutmaßlichen Attentäter nun schwer.

## Wer war Ralf S.?

„Er ist ein Typ der Marke Lonely Rider, aber mit Kontakten in die organisierte Neonaziszene“, sagt das Antirassistische Bildungsforum Rheinland. Bekannt sei, was ohnehin schon öffentlich zugänglich war: Er hatte einen Militaria-Laden in Düsseldorf-Flingern, in der Nähe des Anschlagortes und seiner Wohnung. „Die Neonazis gingen damals bei ihm ein und aus. Man hat sich angenähert, über das Waffenaffine und die Ideologie“, erläutert das Bildungsforum die Hintergründe zum Umfeld von Ralf S.

Damals nannte man ihn im Stadtteil den „Sheriff von Flingern“, es sei nicht seine eigene Kreation gewesen, eher kam sie von Medien und der Nachbarschaft. Ein Neonazi, der beinahe täglich mit seinem Hund Streife lief. Ein erschreckendes Bild, das sich offenbar über Jahre hinweg zog. Sven Skoda, ein führender Akteur der neonazistischen Szene und damaliger Kopf der Kameradschaft Düsseldorf, war nur einer von vielen, die seine Nähe gesucht haben.

## Widersprüche in den Ermittlungen?

Dennoch ordnet das Bildungsforum ein, dass Ralf S. nicht Mitglied der Kameradschaft Düsseldorf war. Dadurch, dass die Neonaziszene bei ihm ein- und ausging, finanzierte er auch einen Teil seines Unterhalts. Er sei nicht an großen Menschenmassen interessiert gewesen, agierte aber nicht im luftleeren Raum und war gesellschaftlichen Einflüssen ausgesetzt. „Ich finde das Bild, was die Polizei heute von ihm zeichnet recht schlüssig. Die Indizienkette ist stark belastend und der Wunsch, diese zu vervollständigen, nachvollziehbar. Einen Freispruch kann die Staatsanwaltschaft sich nicht leisten.“



Rund 100 Menschen demonstrierten am Freitagabend am Anschlagort gegen die Einzeltäter-These. (Foto: rod)

Trotz des Ermittlungserfolges stehen auch Widersprüche im Raum, die nicht im Rahmen von Exekutive und Judikative geklärt werden können. Anhand des NSU-Prozesses lässt sich das beobachten. Diverse Fragen der Nebenklage zum Umfeld des NSU-Kerntrios und den Verstrickungen werden regelmäßig abgewiesen. So stellt NSU Watch NRW, die den parlamentarischen Untersuchungsausschuss im Landtag NRW kritisch begleiten, die Forderung nach einer umfassenden Aufklärung darüber, „welche Kontakte zwischen S. und anderen Neonazis, beispielsweise von der Kameradschaft Düsseldorf, bestanden haben.“

Insbesondere die Geheimdienste geraten hier wieder in den Fokus. „Was wusste der Verfassungsschutz? Gab der Geheimdienst sein Wissen an die Polizei weiter?“ sind nur zwei der Fragen, die der parlamentarische Untersuchungsausschuss behandeln muss. Die Polizei gab in der Pressekonferenz an, dass Ralf S. damals einer der Hauptverdächtigen gewesen sei. Viele der bekannt gemachten Details waren jedoch schon damals bekannt. Warum ist die Polizei einigen Spuren nicht nachgegangen? Warum wurde erst jetzt bekannt, dass S. eine Sprengstoffausbildung bei der Bundeswehr absolvierte?

Das Bildungsforum hat dazu zwei Thesen: „Wenn ich dann auf etwas stoße, das mit Sprachschule und seinem Laden zu tun hat, dann muss ich doch hellhörig sein. Oder sie hatten ihn nicht als Hauptverdächtigen und er war ein Routine-Fall, der abgearbeitet wurde.“ Erstaunlich ist dabei, dass das heutige Täterprofil, das laut Polizei unabhängig von den (neuen) Ermittlungsergebnissen, angefertigt wurde, perfekt auf Ralf S. passt. Kopfzerbrechen bereitet vor allem die Frage nach der Beschaffung des TNT-Sprengstoffs, der zum Bau der Bombe verwendet wurde.

## Was macht der parlamentarische Untersuchungsausschuss zum NSU in NRW?

Außerdem sei zu hinterfragen, ob der Verfassungsschutz V-Leute in der Düsseldorfer Neonaziszene hatte. NSU Watch NRW geht davon aus, blickt man auf die bisherigen Recherchen und Ergebnisse zum NSU-Komplex. Das erste NPD-Verbotungsverfahren scheiterte 2003 schließlich daran, dass zu viele V-Leute dort eingesetzt wurden. Nur konse-

quent erscheint es da, dass die Initiative resümiert, dass der aktuelle Untersuchungsausschuss nicht die Zeit haben wird, den Anschlag ausreichend zu bearbeiten. Deshalb fordern sie auch einen weiteren Ausschuss einzurichten, der die offenen Fragen, auch zum NSU-Komplex, behandeln sollte.

Die Institutionen waschen derweil einander die Hände, was sich auch an der Pressekonferenz der Polizei zeigte. Darin wurde der Ausschuss für seine Kooperation gelobt. Der hätte sich vorbildlich zurück gehalten, um die laufenden Ermittlungsarbeiten nicht zu stören. Ob die öffentliche Bearbeitung den Fall tatsächlich behindert hätte, ist fraglich. Es ist ein fast schon skandalöser Deal, bei dem versucht wird, sich selbst in ein positiveres Licht zu rücken. Dass zum Beispiel der CDU-Landtagsabgeordnete Heiko Hendriks den Fall durch die Festnahme von S. abgeschlossen sieht, verdeutlicht diesen Umstand eindeutig.

## Licht ins Dunkel?

Am Freitagabend, 3. Februar, versuchte das Bündnis Düsseldorf stellt sich quer dann auch symbolisch, „Licht ins Dunkel“ zu bringen. Von einer Genußtuung darüber, dass man schon vor 16 Jahren auf den mutmaßlichen Täter zeigte, kann jedoch keine Rede sein. In den Fokus wurden vor allem die damals gescheiterten Ermittlungen gerückt, Fragen an den Untersuchungsausschuss blieben jedoch aus. Dass Antifaschist\*innen damals auf Ralf S. als möglichen Täter aufmerksam machten, war oft zu hören in den vergangenen Tagen. Genug Druck auf die Behörden konnte die damalige Organisation Antifaschistischer Koordinierungskreis aus Düsseldorf und Neuss jedoch nicht ausüben.

„Man muss beachten, dass Düsseldorf damals eine neonazistische Hochburg war, die Behörden haben das stets geleugnet und vertuscht“, führt Thomas Bose, Pressesprecher von DSSQ, aus Der Einzeltäter-These zu widersprechen macht Sinn, wenn es darum geht, auf die Neonaziszene aufmerksam zu machen, die solche Anschläge in gesellschaftlichen Verhältnissen ausübt. Am Dienstag, 7. Februar, will der Untersuchungsausschuss sich mit dem Thema befassen. Es dürfe laut NSU Watch NRW jedoch nicht darum gehen, die Befragung nur „pro forma und zum Eigenlob durch[zuführ(en)].“ [rod]

# Von Konflikten und Kompromissen

**Vor knapp drei Wochen konstituierte sich ein neuer Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA), der seinen Vorgänger in die Opposition drängte. Bei der neuen Studierendenvertretung fand sich eine Koalition aus Internationaler Liste (IL), Unabhängiger Demokraten (UD), Liberaler Hochschulgruppe (LHG), dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und den Antihelden. akduell hat bei den Listen nachgefragt, weshalb gerade diese Koalition aus sehr unterschiedlichen Lagern – teilweise entgegen der zuvor ausgesprochenen Koalitionsabsichten – zustande kam.**

Mit dem neu gewählten AStA vertritt eine Koalition aus sich eher links verstehenden oder positionierenden Listen und liberalen und konservativen Hochschulgruppen die Studierenden der Universität Duisburg-Essen (akduell berichtete). Dass für den neuen AStA mit der GHG, LiLi und den Jusos eine Koalition undenkbar sei, ließ der RCDS bereits im Wahlkampf verlauten. „Dabei spielen für uns nur politische und keine persönlichen Konflikte eine Rolle, da wir den Fokus endlich wieder auf die Hochschulpolitik und nur auf die Hochschulpolitik lenken wollen“, so der RCDS, der das Credo der neuen AStA-Koalition nochmals rekapituliert. Bekräftigt wird das durch die UD, die in ihrer Koalition alle Studierenden repräsentiert sehen. Dass es zu keinen Koalitionsgesprächen mit GHG, LiLi und Jusos gekommen sei, habe nicht an ihnen gelegen. Vielmehr hätten die UD den Eindruck gewonnen, dass von Seiten des ehemaligen AStAs kein Interesse an konstruktiven Gesprächen bestand. Sie betonen zwar: „Wir waren vor, während und nach den Wahlen immer für Gespräche mit allen Listen bereit.“ Allerdings sei eine Zusammenarbeit mit dem ehemaligen AStA „aufgrund von unterschiedlichen Auffassungen realistischer und gerechter Hochschulpolitik“ kaum möglich gewesen.

## Kein gemeinsamer Nenner

Prinzipiell wäre auch die LHG gesprächsbereit gewesen, doch habe sie keine Einladung von den ehemaligen AStA-tragenden Listen erhalten. Diese hatten jedoch im Vorfeld darauf hingewiesen, dass eine Koalition mit der LHG aus ihrer Perspektive undenkbar oder unwahrscheinlich sei. Anscheinend hat aber auch die LHG selbst keine Anstalten gemacht, die Opposition zu kontaktieren und glaubte auch nicht, mit der GHG auf „einen gemeinsamen Nenner“ kommen zu können. „Insbesondere die GHG zeichnet sich durch ihre radikale Hochschulpolitik aus, mit der wir uns nicht identifizieren können“, so die LHG. Auf Gespräche mit der LiLi und den Jusos wären sie gespannt gewesen, zumal letztere „in der vergangenen AStA Periode nur Mehrheitsbeschaffer waren und keine eigenen Akzente gesetzt haben“.

Die Antihelden betonen, mit jeder Liste Gespräche geführt zu haben, aber letztlich die bestmögliche Zusammenarbeit mit den jetzigen Koalitionspartnern gesehen zu haben. Man habe sich über die jeweiligen Wahlprogramme unterhalten, diese diskutiert und „ähnliche Ansätze oder Ideen entdeckt, welche die Grundlage“ dieser Koalition bildeten. Differenzen habe man sachlich diskutiert und Kompromisse gefunden. „Eine Zusammenarbeit mit den Antihelden in einer progressiven Koalition ist leider insbesondere an persönlichen Befindlichkeiten zwischen den Antihelden und der Linken Liste gescheitert“, sagt die GHG, die über eine mögliche Koalition mit LiLi, Jusos und Antihelden gesprochen hätte. Auch die LiLi sah es als „realistische Option“ an, mit den Antihelden zu koalieren, doch diese hätten die Koalition mit ihnen abgelehnt. Trotz „Differenzen im Sinne des menschlichen Verhaltens“ sahen die Antihelden ihre Koalitionspartner im Umfeld des jetzigen AStAs.

Für den damit aus dem Amt gehobenen ehemaligen AStA aus Grüner Hochschulgruppe (GHG), Linker Liste (LiLi) und der Juso Hochschulgruppe ist klar: Einziges Ziel der neuen AStA-Koalition sei es gewesen, sie von der Studierendenvertretung abzulösen. „Eine solche Koalition, die dem Anschein nach nicht auf politischen Übereinstimmungen beruht, sondern nur dem Zweck diene, den alten AStA loszuwerden, empfinden wir als sehr gewagt“, bewertet die GHG das Zustandekommen der aus fünf Listen bestehenden Koalition. Dem pflichtet die LiLi bei. Die neue Koalition habe nicht „auf die Kompatibilität der eigenen politischen Ziele“ geachtet. Zugleich bemängeln sie, dass von den 21,5 Positionen im AStA nur fünf von Frauen besetzt wurden. Die Jusos sprechen von einer „Prinzi-

pienlosigkeit“, hätten sie mit den amtierenden AStA-Listen koalitiert.

„Auf unsere Kritikpunkte wurde nicht eingegangen und uns wurden Argumente unterstellt, die nur auf Vorurteilen beruhen“ fasst die GHG die Gespräche mit den anderen Listen zusammen. Und weiter: „Konkret wurde uns schon im Rahmen von Gesprächen stets damit gedroht, dass für den Fall einer Nichteinigung eben ein ‚rechter AStA‘ zustande komme, was ja nun auch der Fall war.“ Daraufhin habe man der GHG den Vorwurf gemacht, eine AStA-Bildung zu blockieren und nicht kompromissbereit zu sein. Die abgewählte Koalition sagte aber bereits im Vorfeld, aufgrund unterschiedlicher politischer Ansichten und unterschiedlicher Selbstverständnisse über Sinn und Zweck einer Studierendenschaft, nicht mit den ehemaligen Oppositionslisten koalieren zu wollen, auch um damit ihren Wähler\*innen gerecht zu werden.

## IL koalitiert doch mit RCDS

Für Irritation sorgt die neue AStA-Koalition auch unter dem Gesichtspunkt, dass sich eine sich selbst als links der Mitte sehende Liste mit einer konservativen Hochschulgruppe koalitiert. Während sich der RCDS im Vorfeld der Wahl noch kein Urteil über die neu kandidierenden Listen – darunter auch die IL – anmaßen wollte, fand die IL konkrete Ausschlussbedingungen. „Klar bleibt, eine Koalition mit dem RCDS ist ausgeschlossen“, hieß es vor den Wahlen zum Studierendenparlament noch unmissverständlich (akduell berichtete). Während für den RCDS die Fokussierung auf Hochschulpolitik einen gemeinsamen Nenner darstellt, bleibt eine Erklärung über den Bruch mit den vorherigen Aussagen seitens der IL aus. Als Konsequenz aus der Koalition mit den konservativen Listen trat Jules El-Khatib gar aus der IL aus und sitzt fortan als listenloser Parlamentarier



Neuer AStA, neue Opposition: In der Studierendenvertretung haben sich die Machtverhältnisse geändert. (Foto: caro)





Gleicher Name, neue Vertreter\*innen: Nach langen Koalitionsverhandlungen stehen die Referent\*innen fest. (Foto: caro)

im StuPa. Auch zu dieser Angelegenheit nahm die Liste trotz wiederholter Anfrage der aktuell keine Stellung.

### „Internationale Liste ist nicht die Linksjugend“

Mit Nadine Bendahou (IL) besetzt die Landessprecherin der Linksjugend solid den Posten der AStA-Vorsitzenden. Die Jugendorganisation der Linkspartei steht nach Ansicht des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes im Verdacht, linksextremistische Bestrebungen zu haben. Im Verfassungsschutzbericht des Jahres 2015 wird solid „das Streben nach der Überwindung des „kapitalistischen Systems“ und die Forderung nach einer sozialistischen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Deutschland, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren ist“ attestiert. Von letzterer ist auch im Koalitionsvertrag die Rede: Die AStA-tragenden Listen haben sich darauf geeinigt, keine Organisationen zu unterstützen, die im Konflikt mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen. „Die Koalition wurde mit der Internationalen Liste geschlossen, nicht mit der Linksjugend solid“, heißt es von den UD, die die konstruktiven Koalitionsgespräche mit der Liste herausheben. Dem stimmen auch RCDS, LHG und Antihelden zu. Letztere betonen, dass der im Koalitionsvertrag vereinbarte Kompromiss primär eine finanzielle Unterstützung solcher Organisationen untersage. „Die Internationale Liste ist weder eine Organisation noch die Linksjugend“, bekräftigt die LHG. Koalitionspartner RCDS betont, dass man über politische Ansichten, die über die Universität hinausgehen, hinweg sehen könne. „Mit einer Person, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung verstößt, würden wir hingegen nicht zusammenarbeiten,“ so der RCDS.

Auch El-Khatib ist Landessprecher der Linksjugend solid und sorgte innerhalb der linken Listen für Diskussionen. Er wirkte an der propalästinensischen Demonstration in Essen 2014 mit, auf die antisemitische Eskalationen folgten (aktuell berichtete). Dem Vorwurf, die GHG hätte den Ausschluss El-Khatibs aus dem Stupa gefordert, widerspricht die Liste. Auch wenn sie die Angelegenheit „hoch kritisch“ sä-

hen, hätten sie dies weder gefordert, noch sei es rechtlich möglich gewesen. Sie werfen der IL mangelnde Gesprächsbereitschaft vor: „Vielmehr wurden Gespräche mit der Linken Liste vor der AStA-Wahl von der Internationalen Liste kategorisch abgelehnt, während Gespräche und schließlich eine Koalition mit rechten Listen bereitwillig eingegangen wurde.“

### Alter AStA habe „Klientelpolitik“ betrieben

Ein Kernvorwurf der AStA-tragenden Listen im Vorfeld der Wahlen im November vergangenen Jahres war, dass ihre Vorgänger „Klientelpolitik“ betrieben hätten. „Der alte öko-linksradikale AStA hat einzig für eigene Wähler- und Interessengruppen Hochschulpolitik gemacht“, kritisiert die LHG und beklagt, dass beispielsweise die Interessen von Autofahrer\*innen nicht berücksichtigt worden seien. Zudem seien Podiumsdiskussionen und andere vom damaligen AStA organisierte Veranstaltungen mit Kontakten aus ihrem Bekanntenkreis besetzt worden, wie auch der RCDS hinzufügt. „Es wurden bewusst andersdenkende Studierende ausgeschlossen, ignoriert oder gebrandmarkt, um auf der anderen Seite Anhänger der eigenen Ideologie zu fördern,“ schließen sich die UD an. Insgesamt habe man nicht im Sinne aller Studierenden gehandelt.

Den Vorwurf der „Klientelpolitik“ könne man in der neuerlichen Opposition nicht nachvollziehen: „Wir haben uns in unserer Zeit im AStA für die sozialen, kulturellen und ökologischen Belange aller Studierenden eingesetzt, indem wir Ticketpreiserhöhungen verhindert, Campusfeste für alle organisierten, Foodharing an die Uni holten und vieles mehr“, heißt es von der GHG, die nie Belege für die Vorwürfe erhalten hätte. Auch die LiLi kann diesen Einwand des AStAs nicht nachvollziehen, schließlich habe man mit „Veranstaltungen, niedrige[n] Bierpreise[n], hunderte[n] von Beratungsgespräche[n]“ für das Interesse der Studierenden eingesetzt. Die Jusos heben hervor, dass sich der ehemalige AStA besonders gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit positioniert habe und dies tragend für „verantwortliche[s] hochschulpolitische[s] Engagement“ sei. [caro/fro]

## Beteiligen!

### Abschiebestopp nach Afghanistan



Trotz anhaltendem Terrorismus wurde Afghanistan von der Bundesregierung als „sicheres Herkunftsland“ eingestuft. Bereits jetzt kam es zu mehreren Sammelausschiebungen in das Land. Mittlerweile distanzieren sich mehrere Bundesländer und Kommunen von Abschiebungen ins Kriegsgebiet, darunter zuletzt der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf. Nur die Landesregierung um Innenminister Ralf Jäger und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) bleibt beim harten Kurs, weiter nach Afghanistan abschieben zu wollen. Am Samstag möchte ein Bündnis aus verschiedenen geflüchtetenpolitischen Initiativen gegen weitere Abschiebungen in das Krisenland demonstrieren.

↗ **Samstag, 11. Februar, 13.30 bis 17 Uhr, DGB NRW, Friedrich-Ebert-Straße 34, Düsseldorf**

## Bilden!

### Campusfest-Brainstorming

Der neue AStA lädt zu einem ersten Brainstorming für das anstehende Campusfest ein. Gemeinsam mit euch sollen Ideen für Bands und Aktionen gesammelt werden. Damit auch dieses Jahr wieder ein großes und vielseitiges Campusfest auf die Beine gestellt werden könne. Für Rückfragen hat der AStA folgende Mail-Adresse eingerichtet: [campusfest@asta-due.de](mailto:campusfest@asta-due.de).

↗ **Donnerstag, 9. Februar, 14 bis 16.30 Uhr, AStA-Keller Duisburg,**

## Mehr bilden!

### Torsun liest!

Torsun, Sänger der Band Egotronic, liest im Druckluft aus seinem neuen Buch *Aus dem Tagebuch eines Fastenden*. Deutschland muss sterben überhört hoffentlich niemand.

↗ **Donnerstag, 9. Februar, ab 19 Uhr, Druckluft, Am Förderturm 51 Oberhausen**

# Dozent muss gehen, Studierende bleiben

„Holm muss gehen? Wir bleiben hier!“ So lautete die erste Mitteilung von über 100 Studierenden, die seit dem 18. Januar das Institut für Sozialwissenschaften (ISW) der Humboldt-Universität Berlin (HU) besetzen. Zuvor hatte die Universität den renommierten und in den sozialen Bewegungen viel rezipierten Stadtsoziologen Andrej Holm gekündigt – weil er der Universität nicht angegeben hatte, als Jugendlerner bei der Staatssicherheit für einige Monate Offizierschüler gewesen zu sein. Die Besetzer\*innen wollen ihren Dozenten trotzdem zurück – und noch viel mehr.

#holmbleibt hängt an der Fassade des besetzten ISW. Ein goldener Vorhang verschönert mittlerweile den Eingang in das Hochschulgebäude. Die Protestierenden haben sich häuslich eingerichtet. „Unsere drei Hauptforderungen sind die Wiedereinstellung von Holm, der Stopp der Ökonomisierung von Hochschule und kritischer Wissenschaft sowie unsere mietenpolitischen Forderungen“, fasst die Studentin Louisa\* zusammen.

Die Hochschule fordert derweil von den Studierenden, die Besetzung zu beenden. In einem öffentlichen Briefwechsel tauschen die Parteien Argumente aus. Zu direkten Verhandlungen ist es aber bisher nicht gekommen. HU-Präsidentin Sabine Kunst hatte in einem offenen Brief vom 31. Januar die Entlassung Holms gerechtfertigt, man warte derzeit auf die Stellungnahme des Personalrats. Die „rechtswidrige Besetzung“ dulde sie derweil als eine „Form des Protestes“.

## Hochschule streut Brotkrumen vor Besetzer\*innen

Sie wies jedoch darauf hin, dass auch ohne Andrej Holm kritische Lehre und Forschung Teil der Universität seien. Es gebe bereits zahlreiche Veranstaltungen, die von den Studierenden geleitet und von der Universität bezahlt würden. Gleichzeitig unterbreitet sie ein erstes Angebot: Im Sommersemester könnten fünf Projektseminare mit einem kritisch-stadtsoziologischen Schwerpunkt gefördert werden.

Für die Besetzer\*innen ist das jedoch nur ein Krümel. Sie wollen das ganze Brot. Deshalb fordern sie mindestens zehn Projektseminare pro Semester, die von der Fachschaft verwaltet werden. „Es ist Konsens, dass Kunst nicht ernsthaft auf unsere Forderung eingeht und wir uns nicht mit fünf Tutorien abspesen lassen“, sagt Besetzerin Louisa. Die Forderung der Universität, dass die Besetzer\*innen das Gelände wieder frei geben sollen, bevor es Gespräche gebe, weisen die Studierenden zurück.

Über die Hauptforderung, Holm wieder einzustellen, werde derweil laut Protestierenden nicht einmal ernsthaft gesprochen. Mit der Kündigung durch „vorgeschobene arbeitsrechtliche Begründungen“ ginge Kunst lediglich „SPD-internen und hochschulpolitischen Konflikten aus dem Weg indem sie Personalentscheidungen auf Gerichte abwälze“, so die



Besetzung goes Demonstration: Die Studierenden aus dem ISW der Berliner HU ziehen durch die Straßen der Hauptstadt. (Foto: holm bleibt)

Studierenden auf ihrer Webseite *isubesetzt.blogspot.eu*. In einem fünfseitigen Statement, das ebenfalls auf dem Blog veröffentlicht wurde, kommen zwei Rechtsanwälte zu folgendem Schluss: „Die Präsidentin wird im Prozess vor der Arbeitsgerichtsbarkeit verlieren.“

Laut Universität würde die mittlerweile drei Wochen andauernde Besetzung immer mehr zur Belastung von Mitarbeitenden und Studierenden, weil zunehmend Lehrveranstaltungen ausfallen müssten. Die Protestierenden kontern: Über 100 eigene Veranstaltungen haben sie seit Beginn in der Universität organisiert. Mehr als 4.000 Menschen hätten diesen – auf denen auch Dozierende der Fakultät aus Solidarität referierten – gelauscht. Das Credo der Studierenden: Universität selbst machen und zwar in Eigenregie. Der Schwerpunkt liegt klar auf kritischer Wissenschaft.

## „Für Uni von unten und Recht auf Stadt!“

Mit der Kündigung Holms hat die Universität kritische schlummernde Bär\*innen geweckt: „Die Entlassung war eigentlich nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte“, sagt Louisa. Zuvor hatte schon eine weitere Personalie bei den Studierenden für Unmut gesorgt: Die kritische Dozentin Ina Kerner, die sich mit Diversity Politics und im Rahmen dessen mit feministischen und postkolonialen Theorien sowie Intersektionalitätsforschung beschäftigte, wurde ebenfalls entlassen. Laut Protestierenden sei ihre Arbeit an der Uni als

„Mode-Wissenschaft“ verunglimpft worden.

Aber es geht um weit mehr als um Dozierende. Denn die Besetzer\*innen sind gut vernetzt: Mit Initiativen und Gruppen, die sich gegen steigende Quadratmeterpreise, Gentrifizierung und für die Rechte von Mieter\*innen einsetzen. So richten sich die Studierenden auch an den Berliner Senat: Leerstand soll enteignet, sozialer Wohnungsbau kommunalisiert und eine Mietobergrenze von fünf Euro pro Quadratmeter für Sozialwohnungen eingeführt werden. Man führe die Kämpfe des ehemaligen Dozenten Holms weiter, der sich auch politisch in Stadtteil- und Mietinitiativen engagiert habe, sagt Besetzerin Louisa. Und: „Steigende Wohnpreise betreffen Studierende ja genauso“, so die Studentin. Etwa 1.500 Menschen zogen deshalb auch solidarisch mit den Studierenden unter dem Motto „Nuriye, Holm, Kalle – wir bleiben alle! Für Uni von unten und Recht auf Stadt!“ durch die Straßen der Hauptstadt.

Für den zukünftigen Protest schielen die Studierenden auf die nächsten Bündnispartner\*innen: den Mittelbau. Anfang Februar fand ein Treffen mit Mitarbeitenden der Universität statt. Auch für diese Gruppe haben die Besetzer\*innen Forderungen im Gepäck. Sie wollen im Berliner Senat eine vollständige Ausfinanzierung der Berliner Hochschulen gegen den rot-rot-grünen Koalitionsvertrag durchsetzen. Außerdem bestehen sie gegenüber Senat und Hochschule auf Dauerverträge, um prekärer Beschäftigung abzuschaffen.

Viele Forderungen, viele Ziele – für die Studierenden steht fest: Sie wollen bleiben. Zumindest bis ihre Forderungen von der Universität erfüllt werden. [mac]

\*Name der Redaktion bekannt

## Die Causa Holm

Der Sozialwissenschaftler Andrej Holm ist vor allem für seine Publikationen zum Thema Gentrifizierung und Wohnungspolitik bekannt. Seit 2005 ist er Dozierender an der HU Berlin am Institut für Sozialwissenschaften. Im Dezember 2016 wurde er zum Staatssekretär für Wohnen benannt. FDP und CDU kritisierten die Wahl wegen Holms einstiger Verbindung zur Staatssicherheit vehement und forderten seine Entlassung. Mitte Januar kündigte Berlins Bürgermeister Michael Müller (SPD) an, Holm wegen falscher Angaben und den Umgang mit seiner DDR-Vergangenheit zu entlassen. Der Stadt- und Regionalsoziologe kam ihm mit seinem Rücktritt zuvor. Die HU Berlin zog nach und kündigte aus denselben Gründen den Vertrag mit Holm. Der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) betrachtet den „doppelten Rauschmiss“ von Andrej Holm derweil als ausschließlich gegenwartspolitisch motiviert. Die neue Landesregierung zögere vor einer sozialen Wende in der Wohnungspolitik.



# Kunst und Kino im Nationalsozialismus



Ein Ausschnitt aus Nussbaums Werk *Triumph des Todes*. (Foto: caro)

**Was kennzeichnete die Kunst, was das Kino zur Zeit der Nationalsozialist\*innen? Im Bochumer Museum unter Tage (Stiftung Situation Kunst) widmet sich dieser Fragestellung noch bis zum 9. April die Wechselausstellung „artige Kunst“. In einem Begleitprogramm werden zudem einzelne Aspekte vertieft. Am 19. Januar stellte Filmkritiker und Filmemacher Rüdiger Suchsland Ausschnitte aus seinem neuen Dokumentarfilm *Hitlers Hollywood* vor. Filmwissenschaftler Oliver Fahle (RUB) führte durch die Veranstaltung, die für reichlich Gesprächsstoff sorgte.**

„Propaganda ist totalitär, regressiv und nihilistisch. Man bringt bedeutende Begriffe um den Rest ihrer Substanz, schlüpft in die Gehäuse und macht mit dem Schimmer Reklame. Hinter dem Tumult der Propaganda taucht ein Totenkopf auf.“ Siegfried Kracauer, Mitbegründer der Filmsoziologie, bringt das Konzept, dessen sich die Nationalsozialist\*innen zuhauf bedienten, auf den Punkt. Das Dritte Reich sei ohne Propaganda undenkbar, Propaganda ohne Film ebenso, erklärt Suchsland. Goebbels als Schirmherr des deutschen Kinos entschied: Was ist erlaubt, was verboten, was muss umgeschnitten werden. „Für Hitlers Regime war Kino das Mittel der Kommunikation mit den Massen“, so Suchsland.

Sein Film sei essayistisch. Den Off-Kommentar spricht Suchsland selbst, „um deutlich zu machen: Das ist ein persönlicher Zugang“. Manche Filme habe er bereits gekannt, andere nicht. Den Nazi-Bezug versuchte er auszuklammern. „Ich bin fern davon, Nazifilme schön zu reden, aber ich finde, dass man sie zeigen sollte“, positioniert sich der Filmemacher zu Beginn der Veranstaltung und betont zugleich „es gab kein unschuldiges, freies Kino“. Man kenne die Filme zu wenig. Gründe, sie nicht zu sehen, gebe es keine. Zugleich sei aber zu bedenken, dass viele dieser Filme zensiert wurden. So etwa der Olympiafilm Leni Riefenstahls, aus dem zahlreiche Nazi-Symbole entfernt wurden. Was bleibt sei das „schöne

Olympia“. Durch die Arbeit von Archiven sei es jedoch möglich, Zugang zu den Urfassungen der Filme zu erhalten.

## Ein Blick unter die Oberfläche

Während sich die Menschen in der Wirklichkeit mit Angst, Gewalt und Vernichtung auseinandersetzen mussten, wurde im Film Heiterkeit zelebriert. „Das Nazi-Kino war theatralisch, illusionistisch, es war monumental. Es wollte um jeden Preis groß sein“, erläutert der Filmemacher. Interessant werde es, sobald man unter die Oberfläche blicke: „Wovon erzählen diese Filme, was enthüllen sie, was verbergen sie?“ Hier verweist Suchsland unter anderem auf den Film *Der Mann der Sherlock Holmes war* von 1937. Die von Heinz Rühmann und Hans Albers gespielten Hauptfiguren sind Hochstapler. Singend tanzen sie durch ihr Hotelzimmer: „Von heut’ an gehört uns die Welt. (...) und wer uns stört ist eh’ er’s noch begreift, längst von uns schon eingeseift“. Im Hinblick auf den Umgang mit Jüd\*innen und Feind\*innen des Regimes, zeigt sich in diesen Zeilen eine erschreckende Mehrdeutigkeit. „Manches wird offener kommuniziert, als man denkt“, resümiert Suchsland. In *Hitlerjunge Quex* (1933), ein Propagandafilm, wird den Zuschauern suggeriert, Anerkennung erhalte man erst durch die Uniform der Hitler Jugend und sterbe man im Kampf, sei dies ein „guter Opfertod“. In Riefenstahls *Triumph des Willens* (1935), ein Dokumentarfilm über den Reichsparteitag von 1934 in Nürnberg, werde die Politik ästhetisiert. Hitlers Rede erinnere an eine Predigt im Gottesdienst. „Der Führer steigt vom Himmel herab“, kommentiert der Filmemacher die Ausrichtung des Films. Suchsland betont, man müsse die Filme lesen und gucken, was zur damaligen Zeit darüber geschrieben wurde.

Neben dem Mittel zur Propaganda diene der Film der NS-Zeit auch zur Ablenkung. „Wovon träumten die Deutschen?“ fragt der Filmemacher in seiner Dokumentation. Die Antwort: „Idylle“, „eine künstlich heile Welt“ und „unberührte Natur“. Der Tod wird zum Kult, „auffällig

viele Filme zeigen Szenarien der Todessehnsucht“, erläutert Suchsland. Und weiter: „Der Tod war immer ein glücklicher im Nazi-Kino und oft bis ins Absurde verkitscht.“

## Artige Kunst

Der Film Suchslands schließe sich gut an die Wechselausstellung des Museums an, die sich damit beschäftigt, „was die Nationalsozialisten für Kunst gehalten haben, ausgegeben haben und (...) [was] von den Nationalsozialisten verbannt worden ist“, so Fahle. Der Titel der Ausstellung verstehe „sich als Gegenbegriff zur diffamierenden NS-Terminologie der „entarteten Kunst““, lautet die Erläuterung auf der Homepage des Museums. In einem Grußwort im gleichnamigen Begleitbuch, äußert sich der Schirmherr der Ausstellung, Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU): „Mit dieser wichtigen Ausstellung beleuchtet die Stiftung Situation Kunst ein bislang oft übersehenes oder verdrängtes Kapitel der NS-Kunst- und Kulturpolitik.“

Ähnlich wie im Film des Nationalsozialismus finden sich auch in der Kunst Bilder von Idyllen, glücklichen Familien, Handwerksarbeit und dem NS-Körperkult. Diesen hochstilisierten Darstellungen hält die Ausstellung jedoch bewusst Abbilder der Folter und Vernichtung von Jüd\*innen entgegen. Die Kunststile im NS reichen von Plastiken, über Realismus bis hin ins Abstrakte. Im Bezug hierauf argumentiert Anika Wienert in ihrem Aufsatz *Artige, bösertige Kunst* (im Begleitbuch): „Es erscheint aber nicht sinnvoll, von einem nationalistischen Kunststil oder einer ebensolcher Kunstrichtung zu sprechen, denn diese Formulierungen suggerieren eine inhaltliche und formale Kohärenz, die sich angesichts der Objekte empirisch nicht feststellen lässt.“ In „funktionaler Hinsicht“ hingegen könne man von NS-Kunst sprechen, so Wienert und zitiert Hans-Ernst Mittag, hierbei handele es sich um „Werke, die zum Nutzen des NS-Regimes oder sogar in seinem Auftrag geschaffen und öffentlich als Kunstwerke behandelt wurden“.

Unter den ausgestellten Werken finden sich unter anderem Arbeiten von Claus Bergen, Felix Nussbaum und Paul Klee. Bergen, der bekennender Nazi war, porträtierte mit seinen Bildern von Kriegsschiffen die Macht des Menschen über die Natur. Nussbaum hingegen stellte vor allem in dem letzten von ihm bekannten Bild, *Triumph des Todes* (1944), die Finsternis und Aussichtslosigkeit der damaligen Zeit dar. Skelletartige Todesengel spielen auf Flöten und Geigen und stehen dabei auf den Trümmern der Kunst und Wissenschaft, im Hintergrund sind eingerissene Mauerwerke zu sehen. Die Vielfalt der Ausstellungsstücke regt in jedem Fall zur Diskussion und zum Nachdenken an und fordert eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Kunst im Nationalsozialismus. [caro]

Suchslands Dokumentarfilm feiert am 23. Februar Deutschlandpremiere.

# Guckst du Frauen?

Als feministisch lesbar kann jede Serie gelten, die in irgendeiner Form auf die Gleichberechtigung von Frauen\* hinwirkt, statt sie als hilfsbedürftig, schwach und dauersexualisiert erscheinen zu lassen. Explizit selbstbezeichnend feministische Serien verbleiben als Nischenprodukt, obwohl beispielsweise *Orange is the New Black*, das sich in einem Frauen\*knast in den USA abspielt und dementsprechend nur weibliche\* Personen abbildet, eine „etablierte“ Serie genannt werden kann.



Die meisten Kassenschlager der Filmindustrie jedoch bestehen nicht einmal den Bechdel-Test, der prüft, ob zwei Frauen miteinander über etwas anderes als Männer sprechen. Frauen\* wird also oft keine andere Funktion als Sexiness zugesprochen, sie bringen keine Inhalte in den Film ein und können somit nicht unabhängig von Sexualität und als für das Männliche gelesen werden. Mittlerweile hat sich jedoch das Film- und Serienangebot vervielfältigt und es ist möglich, statt *Two and a Half men*, *Big Bang Theory* und *How I Met Your Mother* auf Mutti's Fernseher zu gucken, alternative Serien vom Bett aus zu streamen.

## Irgendwas für Frauen\*?

Filmschaffende jeglicher Art sind dazu gezwungen, sich mit der Inszenierung von Geschlecht auseinanderzusetzen, da der Dualismus von Männlichkeit und Weiblichkeit als materialisiertes Paradigma, das unsere Zeit bestimmt, in jedem Schaufenster zu sehen ist. In *Orange is the New Black* beispielsweise bieten sich so viele Charaktere an, dass der Schluss auf ein essenzielistisches, also der „Frau an sich“ in den Körper geprägtes Wesen, völlig absurd erscheint. In *Shameless*, (der US-Version von der die siebte Staffel vor Kurzem veröffentlicht wurde) managt die Hauptakteurin Fiona eine vercrackte Großfamilie, ohne dabei auf eigene Bedürfnisse zu verzichten. Ihre dreizehnjährige Schwester Debbie muss plötzlich mit Weiblichkeitserwartungen und spezifischen Körperfunktionen umgehen: Periode, Verhütung und – sorry Spoiler – Schwangerschaft. Jedoch weichen die Abbildungen der Personen nicht von Stereotypen ab: Frauen\* tragen langes Haar und

als weiblich gelesene Kleidung. Wie radikal feministisch eine Serie ist, entscheiden immer noch die Produzierenden.

In *Shera*, einer Animeserie über eine Superheldin aus den 80ern, wurde, weil die Serie als Pendant zu *Hera* für „Mädchen“ entstand, die absolute Gendergerechtigkeit umgesetzt: Alle, egal welches Genital, tragen Leggings und Herzen auf der unbedeckten Brust, dabei wird gekreischt und wirrsche Situationen kommen auf. Eine andere, diesmal Marvel-Figur, ist *Jessica Jones*, die sich die ganze Zeit betrinkt und eher beschissen als Superheldin ist. Ihr Charakter ist tiefgründig und trotzdem verkörpert sie ein sonst inszeniertes „Bad Boy“-Ideal. Keine der bisher genannten Serien nannte sich explizit feministisch: *Black Feminist Blogger* schon. Aph Ko, die Videoproduzentin, geht darin spezifisch auf die feministische Bloggerinnen\*szenen ein und zeigt an Protagonistin Latoya zusätzlich die Ausbeutung afroamerikanischer Frauen\* – auch im feministischen Blogbetrieb – in den USA auf.

Dass in den meisten Serien und Filmen nur „Männer“, oft genug Menschen mit kurzem Haar und Anzügen, miteinander kommunizieren, ist seltsam. Noch komischer ist es, dass Serien, in denen das nicht der Fall ist, weniger beliebt sind. Gerade strömen aber unzählige neue Produktionen auf den Markt, die die Rolle vom Frau\*sein immer weiter öffnen und es gelangt so weit in den Mainstream, dass vielleicht, wenn öfter Raum gegeben wird, Frauen\* als Menschen wahrzunehmen, Rape Culture und Unterdrückung ein Ende haben werden. Zumindest auf dem Bildschirm. Erstmal endlos: *Orange is the*

## HIRNAKROBATIK

2		1	4	7			3	
7							5	6
	5		3					
8				9			6	
	4	6					7	9
	7			1				2
					3		8	
6		7						3
	8			4	1	6		9

## WOHNHEIMGESCHICHTEN



## Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

**Herausgeber:** AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

**Projektkoordination:** Katharina Herbrich

**Anschrift:** aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

**Comic:** Jennifer van de Sandt

**Gestaltung:** Alexander Bönninger

**Redaktion dieser Ausgabe:** Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Meiko Huismann (mehu), Sarah Dannehl (caro), Robin Dullinge (rod)

**V.i.S.d.P.:** Philipp Frohn (fro)

**Auflage/Druck:** 5.000 / Megadruck, Westerstede

**E-Mail:** redaktion@aktuell.de

**Web:** www.aktuell.de